

N i e d e r s c h r i f t

JHA/023/2008

**über die öffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 11.03.2008**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 15:30 Uhr im Kantine.

Anwesend als

Stellvertretende Vorsitzender:

Herr Frank Hemelt SPD

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann SPD

Herr Raphael Bögge CDU

Frau Christel Brachmann CDU

Herr Hermann-Josef Kohnen CDU

Frau Monika Lulay CDU

Herr Nelson Rodrigues BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Axel Rogowski

Herr Carsten Timpe

Frau Waltraud Wunder SPD

Vertreter:

Herr Ewald Piepel

beratende Mitglieder:

Herr Georg Friemel-Brüggemann

Frau Marlies Holtel FDP

Herr Harald Klammann

Herr Bernhard Mersch

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Lydia Maul

Gäste:

Herr Domenico Bellinvia AG 78
Herr Florian Elixmann CDU
Frau Bärbel Tiekötter

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann
Herr Manfred Kösters

Herr Hemelt eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

1. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 7. Feb. 2008 gefassten Beschlüsse

Ein Bericht liegt nicht vor.

2. Informationen

Informationen liegen nicht vor.

**3. Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in Rheine
Vorlage: 153/08/1**

Herr Piepel erläutert zunächst die Vorlage. Er erläutert, dass die vorgelegte Tabelle mit den vorläufigen Gruppenbildungen schon wieder aktualisiert werden musste. Der in der Sitzung vorgelegte und berichtigte Planungsstand ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Herr Piepel betont, dass mit dieser Planung die Zahl der Plätze für die unter 3-jährigen Kinder um 52 % gesteigert werden konnte. Zwar habe das Land der Stadt Rheine ein noch größeres Kontingent genehmigt, die derzeitige Situation in den Tageseinrichtungen für Kinder lasse aber eine weitere Aufstockung der U-3 Plätze nicht zu. Die erforderlichen Räume (z.B. Wickel- und Ruheräume) für die Betreuung der unter 3-jährigen seien noch nicht ausreichend vorhanden und von daher würde es zur Zeit keine neuen Genehmigungen vom Landesjugendamt geben.

Der Bund habe aber ein Investitionsprogramm zum Ausbau der Tageseinrichtungen mit einer Förderquote von bis zu 90 % angekündigt. Die Veröffentlichung dieses Ausbauprogrammes gelte es abzuwarten.

Herr Kohnen begrüßt für die CDU-Fraktion grundsätzlich das vorgelegte Ergebnis. Der Elternwille sei durch das ausgeübte Wahlrecht zum Aus-

druck gekommen. Das im Vorhinein von einigen schlecht geredete Kinderbildungsgesetz (KiBiz) würde für Rheine gute Lösungen bieten, auch wenn es im ersten Jahr sicherlich noch zu Anfangsschwierigkeiten kommen werde. Die gestiegenen Plätze für die unter 3-jährigen seien besonders hervorzuheben.

Die Fragen der SPD-Fraktion (Herr Bietmann, Frau Wunder) hinsichtlich der unterjährigen Anpassung der Bedarfe kann die Verwaltung noch nicht beantworten, weil noch keine Rechtssicherheit vorhanden ist, sondern lediglich auf die Erfahrungen aus den Vorjahren nach dem bisherigen GTK verweisen.

Herr Rodrigues vertritt für Bündnis 90/Die Grünen die Meinung, dass man froh sei, dieses neue Gesetz nicht verantworten zu müssen. Das Gesetz sei zu bürokratisch und nicht flexibel genug. Die Kommunen hätten mit diesem Gesetz wenig Planungssicherheit, was sich ja auch in der Vorlage widerspiegele. Positiv sei lediglich die Steigerung der Plätze für die unter 3-jährigen. Seine Fraktion fordere weiterhin einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2 Jahren und die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze auf 17.500 Euro.

Er sehe aber den Aufwand, den die Verwaltung und die Träger mit der Umsetzung des neuen Gesetzes haben und werde deswegen nicht gegen die Vorlage stimmen, sondern sich enthalten.

Herr Klamann nimmt Bezug auf die Vorlage 153/08, wo auf Seite 5 die AG 78 wie folgt zitiert wird. „Das Jugendamt Rheine hat in der AG 78 und in den Trägergesprächen jeweils darauf hingewiesen, dass aufgrund der geringen Buchung des 25-Stunden-Kontingentes im kommenden Kindergartenjahr das tatsächliche Inanspruchnahmeverhalten beobachtet werden muss. Hiergegen haben die Träger keine Einwände geäußert.“ Er weist darauf hin, dass er diese Formulierung so in der Niederschrift zur Sitzung der AG 78 nicht nachlesen konnte. Herr Klamann sieht in dieser Formulierung einen Anklang zu den Formulierungen des Kreis-Jugendamtes, welches laut Berichten in der Tageszeitung eine intensive Kontrolle der Wahrnehmung des Wahlverhaltens der Eltern gefordert habe.

Herr Piepel versichert, dass es nicht Absicht sei, dass das Jugendamt vor Ort die Anzahl der anwesenden Kinder in den Tageseinrichtungen kontrollieren wolle. Es müsse jedoch allen Beteiligten bewusst sein, dass auf Grund des Wahlverhaltens der Eltern das entsprechende Personal vorgehalten werde. Die dafür notwendigen Gelder müssten vernünftig eingesetzt werden und dass sei die gemeinsame Verantwortung des Landes, der Stadt Rheine und der einzelnen Träger.

Herr Bietmann fragt nach, wie die Elterninitiative „Hofzwerge“ bei dieser Planung berücksichtigt sei? In der vorgelegten Tabelle sind sie nicht enthalten. Was würde geschehen, wenn die „Hofzwerge“ die Betriebs-

erlaubnis erhalten, sie aber in der jetzigen Planung nicht enthalten seien?

Herr Piepel antwortet, dass es in der Vergangenheit beim Ausbauprogramm der Tageseinrichtungen auch immer wieder Betriebserlaubnisse gegeben habe, die nachträglich dazugekommen seien. Er würde davon ausgehen, dass dieses auch nach dem neuen KiBiz möglich sein sollte. Dafür spreche würde, dass das Land der Stadt Rheine grundsätzlich ja noch mehr U-3 Plätze genehmigt habe und somit die finanziellen Mittel beim Land vorhanden sein müssten.

Ein Aufnahme der „Hofzwerge“ in die Bedarfsplanung zum jetzigen Zeitpunkt halte er für verfrüht.

Auf Nachfrage von Herrn Friemel-Brüggemann erläutert Herr Piepel, dass sich der Engpass bei den Rechtsanspruchskindern im Einzugsbereich Wohnpark Dutum zwischenzeitlich aufgelöst habe.

Frau Wunder teilt für die SPD-Fraktion mit, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, wenn sie die Verwaltung richtig verstanden hätte, dass man in den genannten Risikobereichen (Doppelanmeldungen, unterjähriger Veränderungsbedarf, Betriebserlaubnis für die „Hofzwerge“) reagieren könne und - wie in der Vergangenheit auch schon geschehen - mit dem Land Verhandlungen aufnehmen, um weitere finanzielle Mittel zu bekommen.

Herr Hemelt lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den im Rahmen der Jugendhilfeplanung im Benehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeiteten Ergebnissen zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes für das Kindergartenjahr 2008/2009 zu.

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung:

16:20 Uhr

Hemelt
Stellv. Ausschussvorsitzender

Kösters
Schriftführer